



Unabhängige Bauernzeitung

„GZ02Z030371M“ P.b.b.
Verlagspostamt: 4020 Linz

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes Nr. 101/04/14

*Nicht viele Menschen leisten sich den größten Luxus,
den es auf Erden gibt – eine eigene Meinung.*

Alec Guinness

GIPFEL DER UNVERFRORENHEIT!

Da opferte vor Jahren die Bauernbundführung, freiwillig und großzügig, den gesetzlichen Anspruch der Bauernschaft auf Mineralölsteuerrückvergütung. Man zeigte sich generös auf Kosten der Bauern. Übrig blieb ein Pauschalbetrag für Agrardiesel. Vor noch gar nicht langer Zeit glaubte die Bauernbundführung – „Bauernvertreter“ – bei der Regierungsklausur in Loipersdorf, mit der Opferung dieses verbilligten Agrardiesels ein besonderes Zeichen zur Budgetsanierung leisten zu müssen. Wiederum auf Kosten der Bauernschaft, die man neuerlich weder fragte, noch darüber in der Interessenvertretung, den Kammern sprach und diskutierte. Über den Kopf der Bauernschaft hinweg handelt man selbstherrlich ist präpotent und undemokratisch im ungerechtfertigten Alleinvertretungsanspruch und nennt sich Bauernvertreter. Ist aber nur parteihörig mit vorauseilendem Gehorsam.

Und jetzt kommt's. Im „Bauernjournal“, der Beilage in allen Kammerblättern von Mitte April 2014 schreibt der oberste Bauernvertreter NR Ing. Hermann SCHULTES, als Präsident der „Landwirtschaftskammer Österreich“ folgendes:

„Die Bauern erhielten einen Teil der Mineralölsteuer rückvergütet. Dies wurde abgeschafft. **Derzeit haben Österreichs Bauern den teuersten Diesel Europas.** Das ist ein Wettbewerbsnachteil, da in zahlreichen EU-Ländern diese Kosten weiterhin rückvergütet werden. Tschechien hat vor Kurzem diese Steuerrückvergütung wieder eingeführt. **Wir verlangen ehestmöglich eine Gleichstellung für unsere Bauern**“.

Aber waren da nicht erst jüngst Budgetverhandlungen? Hat da nicht die Bauernbundspitze neuerliche Einsparungen ganz ohne Protest zur Kenntnis genommen? Für wie vertrottelt hält eigentlich Präsident SCHULTES seine Kammer-Pflichtmitglieder? Mehrere Anträge des UBV auf Wiedereinführung hat stets die BB-Mehrheit abgelehnt!

DER UBV BEI MINISTER RUPPRECHTER

Am 21. März 2014 empfing Landwirtschaftsminister DI Andrä RUPPRECHTER eine 14-köpfige Delegation des Unabhängigen Bauernverbandes. Angeführt von Bundesobmann KR Karl KEPLINGER und den Landesobmännern KR Georg ESSL und KR Johann ILSINGER. Herr DI MAYER von der Fa. PROGRIS aus Villach konnte als kompetenter Fachmann und Berater für Geoinformatik und Mitglied der Delegation gewonnen werden. Der Minister hat damit seine Ankündigung wahr gemacht, mit den Vertretern aller Bauernorganisationen zu reden. Ein eigentlich selbstverständlicher und erfreulicher Unterschied zu seinem Vorgänger.

Die Almfutterflächenermittlung, aber auch zehn für die Bauernschaft brennenden Fragen, die dem Minister bereits einige Zeit vorher schriftlich übermittelt worden waren, standen im Mittelpunkt der knapp einstündigen Aussprache. Den Beginn dieses regen Meinungsaustausches leitete Bundesobmann KEPLINGER mit einer Fernsehreportage über eine Nutzflächenermittlung der AMA bei einem Salzburger Betrieb ein. Darin wurde das grundsätzliche Problem aufgezeigt, dass auch Nichtfachleute zu den Betrieben geschickt werden, um dort die betrieblichen Grundlagen für die Ausgleichszahlungen der ersten Säule zu ermitteln. Große, unverständliche Abweichungen bis zu 30 Metern, gegenüber den tatsächlichen Grundstücksgrenzen lassen vermuten, dass es oft nicht mit rechten Dingen zugeht. Minister RUPPRECHTER nahm dies ohne Kommentar zur Kenntnis.

Er lenkte auf die aktuellen Ergebnisse zum GAP und schließlich zur Almproblematik hin. Diesbezüglich versprach er neue technische Lösungen, um die Missstände ein für alle Mal vom Tisch zu bekommen. Dazu stellte der UBV-Experte DI MAYER die heute gegebenen technischen Lösungen kurz vor, die als österreichische Ingenieurleistung weltweit eingesetzt werden. Nachdrücklich verwies er darauf, dass alle Informationen über den Betrieb und seine dazugehörenden Flächen, Eigentum des Landwirtes sind und bleiben müssen.

Praxisreife, erprobte Lösungen

Die langjährigen Bemühungen von DI MAYER, zum Einsatz von WINGIS am Bauernhof und eine konstruktive Partnerschaft mit der öffentlichen Hand, blieben jedoch just in Österreich bisher ohne Erfolg. Über Anregung von LO ILSINGER wurde dieses Programm nun in Arbeitsgruppen in der Steiermark eingesetzt und damit bewiesen, dass unter Verwendung von MICROSOFT-ORTHOFOFOTOS aus dem Internet, eine Eigendigitalisierung durch den Landwirt (oder wer immer dies am Hof macht) gut möglich ist. Als Ziel gilt eine „Befreiung per Mausklick“, eine Entbürokratisierung sowie eine massive Kostenersparnis durch diesen elektronischen Bauernakt.

Auf's Wollen kommt es an

Es war nicht unbedingt überraschend, dass die Reaktion des Ministers darauf verhalten ausfiel. Geht es doch hier ganz offensichtlich um den Erhalt der „digitalen Lufthoheit“ in der Agrarkontrolle, um Machtpositionen der AMA und des Bauernbundes. Eigeninitiativen und Eigenverantwortung, die sonst so häufig von der Bauernschaft gefordert werden, scheinen in diesem Bereich nicht besonders gefragt zu sein. Allerdings merkte man schon, dass die Anliegen des UBV ernst genommen werden und an einer korrekten Zukunftslösung auch dem Ministerium sehr gelegen ist.

Akzeptable Lösungen – keine Sanktionen!

Schon zum wiederholten Mal und **auch bei dieser Aussprache wurde versprochen, dass es akzeptable Lösungen und keine Sanktionen für das derzeitige Almchaos geben werde.** Ungeklärt blieb jedoch im Raum stehen, ob es in Zukunft möglich sein werde, dass sich „die am Hof“, einen eigenen Fachberater auswählen können. Dabei ist es egal ob dies einer der Landwirtschaftskammer, oder einer aus den Reihen der befugten Zivilingenieure ist und das Ergebnis als Grundlage für den Preisausgleich der echten Produktionskosten anerkannt wird.

Sachverständige haften!

In allen Bereichen unseres Lebens müssen Sachverständige für ihre (Fehl)Leistungen haften. Folglich wäre dies auch hinsichtlich von Agrar(kontroll)organen nicht nur zu erwarten, sondern eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch im Agrarbereich trifft dies nicht zu. Das Risiko fachlicher Fehlleistungen darf nämlich nicht Bäuerinnen/Bauern zugeschoben werden und an diesen hängen bleiben. Es geht hier um längst überfällige Reformen!

Weitere Ministeraussprache in Aussicht

Nach einem kurzen Meinungsaustausch über andere offene Fragen betreffend die Zukunft bäuerlicher Familienbetriebe, die Zeit wurde knapp, stellte Minister RUPPRECHTER ein weiteres Treffen in Aussicht. Wir gehen davon aus, dass diese erfreuliche Zusage fix ist und in absehbarer Zeit verwirklicht wird.

Ohne überheblich erscheinen zu wollen, die UBV-Delegation hatte schon den Eindruck, dass auch dem Minister daran gelegen ist. Wir hatten das Gefühl, dass die ausschließlich fachlich-sachliche Aussprache ihn schon auch beeindruckt hat.

Der Unabhängige Bauernverband hat ein Ziel, hat eine eigene Meinung und Vorschläge, aber auch Forderungen. Er will darüber mit ALLEN Verantwortlichen sprechen, auch diskutieren – UBV-Aktionen sind die Antwort auf Gesprächsverweigerung.

DR. WENZL – DELEGATIONSMITGLIED

ZEHN BRENNHEISSE FRAGEN

Wie schon erwähnt, hat der UBV vor der Aussprache am 21. März Minister RUPPRECHTER 10 Fragen zur österreichischen Agrarpolitik, brennheiße Themen, übermittelt. Daraus eine inhaltliche Zusammenfassung im Nachfolgenden.

1. **Wie wird in Zukunft den Einkommensunterschieden entgegengesteuert? Was wird getan, damit die Regionen nicht austrocknen und die Multifunktionalität der landwirtschaftlichen Leistungen gesichert wird?**
2. Das Bauernsterben in der EU geht unvermindert weiter und produziert ein Heer von Arbeitslosen! Wie kann Österreich als Vorbild auftreten, wenn es hier nicht anders ist und der Strukturwandel politisch weitergeführt wird?
3. Das Image der Landwirtschaft lässt sich auch an der unengagierten Debatte zum Grünen Bericht ablesen. Auch die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft wird von Topmanagern heruntergespielt. Was wird der Herr Bundesminister tun, um die Landwirtschaft aus dieser „Jammerecke“ herauszuholen?
4. **Trotz stetig schwindender Betriebe ist die Bürokratie hierzulande enorm angestiegen. Was gedenkt der Herr BM zu tun, um die Verwaltungskosten einzudämmen und das Geld zu den Betrieben umzuleiten?**
5. Trotz großer und teurer Verwaltung hat man – nicht nur – bei der Almförderung keine brauchbare Lösung gefunden. – **Was wird getan um die Bürokratie zu vereinfachen, die Eigenverantwortung zu unterstützen und sowohl fachliche, als auch technisch zukunftsfähige Lösungen einzuführen?**
6. Während die Digitalisierung anderenorts weit fortgeschritten ist, verharnt man in Österreich am Status quo, am gegenwärtigen Stand. – Was gedenkt der Herr BM zu tun, um auch die Landwirtschaft hierin zukunftsfähig zu machen?
7. Die Erzeugerpreise haben sich in den letzten Jahrzehnten in allen Sparten kaum erhöht. (Die landw. Einkommen stagnieren/fallen, die Einkommensdisparität zu vergleichbaren Berufen wird noch größer.) Trotzdem wird von der Landwirtschaft ein Solidarbeitrag zur Überwindung der Wirtschaftskrise gefordert. Die Einheitswerte werden spürbar bis massiv angehoben, obwohl laut Gesetz der „Ertragswert eines schuldenfreien Betriebes auf Fremdlohnbasis maßgeblich ist“. – **Wird in Zukunft den Ertragswerten diese höhere Bedeutung beigemessen?**
8. Der Einsatz von zugekauften (Import)Futtermitteln könnte verringert werden, wenn bessere Geodaten und Hofdaten zu den betriebseigenen Ressourcen vorliegen würden. – Was wird getan um die Geoinformatik zu fördern?
9. **Was werden Sie Herr BM tun, um den Biolandbau weiter zu unterstützen und auch die Umweltleistungen konventioneller Betriebe weiter zu verbessern?** Welche objektivierbaren Kriterien gedenken Sie einzuführen? Welche eindeutigen Indikatoren werden im Sinne der Klimaziele angegeben?
10. Österreich hat im Ausland das Image eines Feinkostladens, die Exporte sprechen eine eindeutige Sprache. Auch im Inland werden unsere Nahrungsmittel geschätzt. Nicht immer ist aber „Österreich“ drinnen, wo das AMA-Gütesiegel dies vorgibt.
Nun sollen wir in eine Freihandelszone mit den USA gezwungen werden, diesem Beispiel Folge leisten und unsere gesellschaftliche Entwicklung nach dorthin ausrichten. (GE-Health Rare Report 2013 – bzw. Dr. Graf/München.)
Was werden Sie als „Lebensminister“ tun um der Entwicklung nach unten, fatalen Zukunftsperspektiven Einhalt zu gebieten? Wie stehen Sie zur Förderung der Direktvermarktung? Wie zur Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium?

DAS SCHREIBT PRÄSIDENT SCHULTES!!

„Alle Legehennenbetriebe haben vor drei Jahren auf Wunsch des Handels komplett auf gentechnikfreie Fütterung umgestellt. **Diese Änderung hat erhebliche Probleme, etwa im Bereich der Futtermittelverwertung und der Legeleistung mit sich gebracht.** Diese Mehrleistung der Geflügelwirtschaft muss anerkannt und auch sichtbar gemacht werden.“ (Salzburger Bauer – 3.4.2014 unter „Agrar News – Nachgefragt...“)

Österreich muss gentechnikfrei bleiben, auch in der Nahrungsmittelkette! So heißt doch das Ziel! Nachfragen der UBZ haben diese Probleme nicht bestätigt. Jedoch ist gentechfreies Soja teurer. SCHULTES erweckt mit seiner Aussage den Eindruck, als ob gentechfreies Soja nicht gleichwertig sei. Das ist Wasser auf die Mühlen der Gentech-Lobby.

SCHON GEWUSST, DASS...

- ▶ ...im gesamten Regierungsprogramm betreffend Landwirtschaft, kein Wort von Einkommensgerechtigkeit, fairem Einkommen für Bäuerinnen und Bauern steht?
- ▶ ...Minister RUPPRECHTER erklärt hat, die Budgetkürzung um 46,5 Mio. werde in der Verwaltung, aber nicht bei den Bauerngeldern eingespart.
- ▶ ...der Personalvertreter im La.Wi.Ministerium SOMMER im ORF-Mittagsjournal am 15.1.2014 erklärte, dass **300 Angestellte des Ministeriums ganzjährig in Schönbrunn beschäftigt sind. – Um nur einen Euro teureren Eintritt würde dort das Einsparproblem auf einen Schlag lösen.**
- ▶ ...Franz SCHELLHOFER, Direktor von Think Tank Agenda Austria erklärte: „Würde Österreich sein Förderwesen auf das EU-Durchschnittsniveau senken, stünden jährlich 9.000 Mio. Euro, z.B. zur Entlastung der Arbeitseinkommen, zur Verfügung.“
- ▶ ...die sogenannten „Leaderprojekte“ sehr viel kosten, oft wenig bringen und selten nachhaltig sind. Darüber wird aber nicht gesprochen, nicht diskutiert.
- ▶ ...von den, der SVB übermittelten AMA-Daten von 122.571 Betrieben, zu Jahresende 2013, bei 5.203 Fällen die Betriebsführung nicht übereinstimmte und bei 26.309 Betrieben Flächenabweichungen festgestellt wurden. (SVB-Info 12/2013)
- ▶ ...die Kostenzuschüsse der SVB bei Wahlarztleistungen, österreichweit einheitlich, ab 1.1.2014 für Operationen und bei Behandlungen durch freiberufliche Physiotherapeuten erhöht werden. Honorarnoten von Wahlärzten werden schneller bearbeitet.
- ▶ ...DI Dr. Franz FISCHLER, Vorsitzender der „Soko Alm“ erklärte: „Als auf einmal die AMA Messungen vornahm, begann der Streit, was richtig und was falsch ist. Zudem gibt es die Schwierigkeiten, dass die Kammern, die im Auftrag der Behörde und nicht als Berater der Bauern auftraten, für falsche Angaben haften müssten, dass die Referenzflächenfeststellung den Bauern nie als Bescheid zugestellt wurde. Dieses System fortzuführen wäre eine Katastrophe.“
- ▶ ...auf Grund einer parlamentarischen Anfrage von NR Leo STEINBICHLER an Minister RUPPRECHTER dieser mitteilte, dass Betriebe mit Almfutterflächen zwischen 2005–2012 insgesamt 26,1 Mio. an Fördergeldern zurückzahlen mussten. Davon allein 21,6 Mio. an Betriebsprämien. **NR STEINBICHLER verlangte das sofortige Einfrieren der Rückforderungen und Strafen, bis zur endgültigen Lösung der Problematik.**
- ▶ ...seit 1. März 2014 die Beamtengehälter für 2014 um durchschnittlich 1,88 Prozent steigen, Nebengebühren und Zulagen um zwei Prozent. Für 2015 hat die „Gewerkschaft Öffentlicher Dienst“ (GÖD) auch schon eine **Gehaltserhöhung um 0,1 % ÜBER der Inflationsrate** mit der Regierung paktiert.
- ▶ ...der neue steirische LK-Präsident Franz TITSCHENBACHER (49) seit 2009 Obmann des Raiffeisenverbandes Steiermark und seit dem Vorjahr Obmann von „Pro Holz“ der Steiermark ist. Die Forderung des UBV auf Zurücklegung der Raiffeisenfunktion wegen Unvereinbarkeit mit den Aufgaben eines LK-Präsidenten, hat der scheidende Präsident WLODKOWSKI als völlig ungerechtfertigt bezeichnet und abgelehnt.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich dem „**Österr. Unabhäng. Bauernverband**“, Landesverband _____ bei.

Vor- und Zuname: _____ geb. am: _____

Hausname: _____ Wohnort: _____

Post: _____ Tel/Fax/E-Mail: _____

Land- u. Forstw.

Einheitswert: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

Ich erhalte die „**Unabhäng. Bauernzeitung**“ (UBZ) **kostenlos** (nach Einzahlung von mindestens 25,- Euro/Jahr).

WWW.UBV.AT
OFFICE@UBV.AT

Bitte einsenden aus: NÖ + Bgl. + Wien **an:** Hubert Buchinger, Wiese Höhe 45, 3340 Waidhofen/Ybbs
OÖ + Krnt. + Vrbg. **an:** Johann Lohner, Aigelsberg 6, 4951 Polling
Salzburg + Tirol **an:** Simon Klausner, Girlingstraße 4, 5161 Elixhausen
Steiermark **an:** Johann Ilsinger, Erlsbach 14, 8953 Donnersbach

BURGENLAND:

LANDPLAGE BISHER SELTENER WILDTIERE

Seltene, ja als bisher ausgestorben geglaubte Wildtierarten sind jetzt vermehrt anzutreffen und werden zunehmend zur Landplage. Im Landessüden sind es die Kormorane, gelegentlich auch Fischotter, die durch ihr räuberisches Wesen den Besitzern von Fischteichen grobe Verluste bescheren. Ganz anders im Norden an der Leitha, wo die „geschützten“ Biber ihr Unwesen treiben. Das Problem dabei ist, dass unter anderem diese Biberbauten die Ursache für Überschwemmungen darstellen. Da geht es nicht um einige Quadratmeter, sondern um bis zu 100 Hektar. Mit zunehmender (geschützter) Population sind in der Folge auch landwirtschaftliche Kulturen betroffen. Im Vorjahr haben die gefräßigen Nager ganze Maisfelder leergefressen. Auch vor den Hochwasser-Schutzdämmen machen sie nicht Halt, so dass diese kostenaufwändig saniert werden müssen.

Weil die Probleme, verursacht durch die Bautätigkeit der Biber, nicht mehr in den Griff zu bekommen waren, hat die Naturschutzbehörde eingegriffen und für heuer eine Ausnahmegenehmigung erteilt. Demnach dürfen Biber in Fallen gefangen und getötet werden. Abschüsse wie im angrenzenden Niederösterreich, sind jedoch im Burgenland nicht erlaubt. Warum eigentlich nicht?

BEREGNUNG SCHON ANFANGS APRIL!

An sich gut entwickelt sind die Wintersaaten aus dem außergewöhnlich milden Winter herausgegangen. Die frühlingshaften Temperaturen in der zweiten Hälfte März (plus fünf Grad über dem langjährigen Durchschnitt), haben einen Vegetationsvorsprung von vier Wochen bewirkt. Doch jetzt, nach einem sehr trockenen Winter, fehlt die erforderliche Feuchtigkeit in allen Kulturen. Insbesondere bei den Frühjahrssaaten, damit diese vollständig keimen können. Beregnungsanlagen wurden schon in Betrieb genommen, um dem seicht liegenden Rübensamen die Keimung zu ermöglichen. Eine ziemlich außergewöhnliche, teure Notmaßnahme.

Dieser milder Winter schafft auch in den Obst- und Weinkulturen Probleme. Anfangs April war der Knospenaustrieb schon sehr weit fortgeschritten und ein früher, sehr hoher Schädlingsdruck wird erwartet.

FREUDE BEI GEMÜSEBAUERN

Richtig erfreut über dieses extrem zeitige Frühjahr sind die Gemüsebauern im Seewinkel. „So früh wie noch nie“ konnten sie heuer ihre Paradeiser- und Paprikasaison eröffnen. Damit steht ihnen voraussichtlich, denn man weiß ja nie was wettermäßig noch alles passiert, ein merkbar verlängerter Produktionszeitraum zur Verfügung, wie ihn die Klimaforscher schon vorhersagten.

ALLES F. MEIXNER

REGIONALITÄT UND ERNÄHRUNGSSICHERHEIT GEFÄHRDET

Gegenwärtig halten im Burgenland 672 Schweinebauern rund 50.000 Schweine. In ganz Österreich sind es 28.857 mit einem Schweinebestand von rund drei Millionen Tieren. Sie haben jede Menge Probleme, ihre derzeitige wirtschaftliche Lage ist alles andere als erfreulich.

Dies nahm LK-Präsident Stefan HAUZINGER zum Anlass, um auf der Jahreshauptversammlung von Ferkelring und Schweinezuchtverband Mitte Februar heurigen Jahres, folgende Aussagen zu machen: „Hohe Produktionskosten und unsichere Preise, hohe gesetzliche und bürokratische Auflagen, sowie Anrainer, die eine bäuerliche Tierhaltung nicht mehr dulden, bewirken, dass viele Bauern keine Nutztiere mehr halten können und ihre Stallungen für immer schließen.“

Wenn den Menschen ihre Versorgung mit Fleisch aus der heimischen Landwirtschaft ein Anliegen ist, müssen sie unseren Nutztierhaltern eine konkurrenzfähige Produktion mit kostendeckenden Preisen zugestehen. Ansonsten wird die Versorgung der Konsumenten immer mehr von Ländern mit oft minimalen Tierschutzstandards sowie mit langen, qualvollen Tiertransporten abhängig werden.“ (BLW 14.2.14)

SALZBURG:

DARF WAHRHEIT NICHT PUBLIZIERT WERDEN?

Da hatte ich jüngst, eine halbe Stunde lang, ein sehr ausführliches Telefongespräch mit einer ORF-Reporterin über die derzeit doch so guten, erfreulichen Erzeugerpreise in der Landwirtschaft. Sie zeigte sich interessiert und ich versuchte ihr die tatsächliche Lage der Bauern zu erklären.

So, dass man bei einem Erzeugermilchpreis wie vor 20 Jahren doch nicht von einem erfreulich guten Preis sprechen könne. Denn vor dem EU-Beitritt bekam ich für meine Milch 6,50 ÖS, das sind umgerechnet gut 47 Cent. Der Auszahlungspreis der „Alpenmilch Salzburg“ betrug 2013 rund 42 Cent. Dies nach 20 Jahren und all den erfolgten Kostensteigerungen.

Auch versuchte ich der Reporterin zu erklären, dass die derzeitigen Kälberpreise des Öfteren die anfallenden Besamungs- und Tierarztkosten nicht abdecken würden. Ebenso, dass den aktiven Bäuerinnen und Bauern auf der Ausgabenseite allein hinsichtlich Sozialabgaben, Kammerumlage etc. die Kosten davonlaufen würden. Dadurch diese gezwungen werden ihre Produktion zu erhöhen, was vielfach nur auf Kosten von Substanz-Eingriffen oder durch teure Fremdfinanzierung möglich ist.

Mit dem Hinweis, dass 70 Prozent des durchschnittlichen bäuerlichen Einkommens aus Ausgleichszahlungen kommen sei doch wohl bewiesen, dass nicht von guten Bauernpreisen geredet werden kann. – Leider bleiben auf diesem von der Agrarpolitik eingeschlagenen Weg, auch jenem der österreichischen, viel zu viele Bauernbetriebe auf der Strecke und vergrößern damit völlig unsinnigerweise die Zahl der Arbeitsuchenden.

All dies versuchte ich dieser Reporterin ausführlich und verständlich zu erklären. Sie zeigte sich auch durchaus interessiert und verständnisvoll, doch an die Öffentlichkeit kam von all dem nichts. Dieser wurde eine bestens funktionierende Landwirtschaft präsentiert. War also all mein Bemühen umsonst, sinnlos, nur eine wieder einmal vergeudete Zeit?

DARÜBER HABE ICH MICH GEFREUT

Für die Bauernschaft im Allgemeinen und die IG-Milch-Bauern im Besonderen gibt es schon seit längerem nicht oft Gelegenheit zur Freude. Doch beim „IGM-Happy-Video“ ist es so. Ich gratuliere der IG-Milch dazu herzlich, besonders aber jenem, der dieses Video produziert hat. Nie und nimmer würde man glauben, dass dies kein Experte, sondern ein „stinknormaler“ Bauer auf die Beine gestellt hat. Meine Gratulation lieber Stefan SCHEIPL dazu und all jenen, die auch dabei mitgewirkt haben. Besser kann man meines Erachtens Werbung nicht machen. Es tut gut wenn man nach all den Turbulenzen rund um die IG-Milch, auch wieder Positives vernimmt.

EINE TOTAL REALITÄTSFREMDE VERANSTALTUNG

Da war ich jüngst an einem Sonntag bei der Veranstaltung „7. Dairy Grand Prix“ in Maishofen. Ich konnte nur den Kopf schütteln über die schier unglaublichen Leistungen von Mensch und Tier, die hier präsentiert wurden. Da erzielte ein „1. Wahl-Kuhkalb“ aus 10 Embryoträchtigkeiten von der bekannten „Apple Red Kuhfamilie“ einen Spitzenpreis von 10.200 Euro. Das Kalb „Hol Blacky“ mit besonderer Abstammung, bekam einen Zuschlagpreis von 3.000 Euro.

Alles gut und schön, doch leider vermittelte diese Veranstaltung vielen nichtbäuerlichen Besuchern, aber auch so manchem bäuerlich Jugendlichen, ein völlig falsches Bild von der Wirklichkeit, der Realität in der Landwirtschaft. Daneben wurde über Medien über einen doch so guten Bauernmilchpreis berichtet und sogar hochrangige Landwirtschaftskammer-Funktionäre posaunten in die Öffentlichkeit, wie gut es derzeit doch den Milchbauern geht.

Sich gleichsam selbst zu berühen, anstatt klipp und klar zu sagen, wie es um die Landwirtschaft, hier die Milchbauern steht, zeigt deutlich, wie sehr so viele Bauernfunktionäre ihre Aufgabe als berufsständischer INTERESSENVERTRETER missverstehen und absolut nicht wahrnehmen.

DAS IST MISERABLE PR-ARBEIT

Immer wieder beweist sich wie dringend notwendig, ja wie absolut erforderlich es ist, es wäre, die Allgemeinheit über die tatsächliche Lage der Landwirtschaft, die Probleme eines Berufsstandes, der ganz und gar vom Wetterablauf abhängig ist, zu informieren. Ehrlich, glaubwürdig und ohne Wehleidigkeit oder Gejammer. Aber so aktuell dies stets auch ist, versagt darin die bäuerliche Interessenvertretung immer wieder. Entwirft durch inakzeptable Fehler ein Bild, das der Bauernschaft schwere Probleme bereitet, deren Sorgen unglaublich und übertrieben macht.

So verkündeten doch erst vor Kurzem hochrangige Bauernvertreter, es muss sie der Teufel geritten haben, dass es den Bauern, trotz eines Einkommensrückganges um 15 Prozent allein innerhalb der letzten zwei Jahre, blendend gehe. Im gleichen Medium wurde dann bereits Ende März für den Flachgau ein besorgniserregender Ernteausfall wegen Trockenheit verkündet.

Beide „Informationen“ sind dazu angetan in der Öffentlichkeit ein völlig falsches Bild der Landwirtschaft zu zeichnen und dadurch beizutragen, dass die aktiven Bäuerinnen und Bauern zu „ewigen“ Jammerern abgestempelt werden.

DAS AUS FÜR TAUERN GASLEITUNG

Als alles um dieses Großprojekt anfang hieß es, der Bau der Gasleitung werde ca. 650 Mio. Euro kosten und die Bauern würden gewaltige Entschädigungen bekommen. Nun sind die geschätzten Baukosten auf derzeit sage und schreibe 1.400 Mio. Euro angestiegen. Allein die Planung kostete, wie zu lesen war, 16 Mio. Euro.

Laut Medienberichten ist das Projekt Tauerngasleitung auf Eis gelegt. Ja was werden denn nun all jene Bauern tun, die laut unserem LK-Präsidenten schon so dringend auf den Bau der Gasleitung und die damit verbundenen Entschädigungszahlungen warteten? Bisher bekamen ja all jene, welche die Grundinanspruchnahme dafür duldeten, lediglich eine kleine Aufwandsentschädigung. Im Hinterkopf hatten sie aber schon größere Investitionen.

Aus meiner Sicht wurden die Grundbesitzer von Anfang an belogen und betrogen. Die Landwirtschaftskammer handelte beste Entschädigungen aus, wobei der Beschleunigungszuschlag für eine schnelle Unterschrift genauso viel wert war, wie der beanspruchte Grund. Dass dadurch die von der LK zu vertretenden Bauern zu einer Unterschrift fast erpresst wurden, war unserem Präsidenten, als landesweit oberstem berufsständischen Interessenvertreter, offensichtlich egal.

WIDERSTAND ZAHLT SICH AUS

Alle uns dargelegten Argumente, wie ein gewaltig steigender Gasverbrauch, oder eine dringend erforderliche Unabhängigkeit vom „Russengas“, erwiesen sich als trügerisch und falsch. Es war also absolut richtig eine Interessengemeinschaft gegen die Errichtung dieses Großprojektes zu gründen und – ohne jedwede Unterstützung durch die eigene Interessenvertretung – Widerstand zu leisten. Erfolgreich, denn ansonsten wäre diese Großbaustelle schon voll im Bau. So haben sich in diesem Fall alle, auch die Verbraucher, 1.400 Mio. Euro für eine nicht benötigte Gasleitung erspart. Ohne den Widerstand dieser Grundbesitzer – und bei den Standhaften war auch eine Grundbesitzerin dabei, mit einem Angebot von rund 240.000 Euro – wäre dieses Großprojekt laut Planung 2015 fertiggestellt gewesen.

Eigentlich stünde ja meines Erachtens allen Gegnern dieser Gasleitung, die bis zuletzt Widerstand leisteten und dafür unglaublich viel Zeit und Energie aufwendeten, eine Entschädigung zu. Wir haben am 10. April, in einer feierlichen Zusammenkunft, gemeinsam diese bewährte Interessengemeinschaft aufgelöst.

ALLES GEORG ESSL

NIEDERÖSTERREICH:

JETZT GEHT'S ANS EINGEMACHTE

Gleichzeitig mit dem Beitritt Österreichs in die „Europäische Union“, wurden die agrarischen Erzeugerpreise stark abgesenkt. Seitens der Politik wurde immer wieder beteuert, dass es dafür „Ausgleichszahlungen“ gibt. Heute, fast 20 Jahre später, nachdem zigtausende Höfe zusperrten, die

Tore schließen mussten, Bäuerinnen und Bauern Eigenständigkeit und Arbeitsplatz verloren, hören wir Bauern noch immer dasselbe. Beteuerungen, die zu wahltaktischen Schlagworten verkommen sind. Geändert hat sich an der Lage der Bauernschaft nichts. Die restlos ÖVP-dominierte Interessenvertretung ist bestrebt ihre Pflichtmitglieder bei der Stange, am Gängelband der Partei, zu halten.

Neuerdings liest man davon, dass **„WIR jetzt um das Geld für Maßnahmen kämpfen, die auch bei den Bauern wirksam werden“**. Und weiter: **„Maßnahmen die mehr Ärger als Geld gebracht haben lassen wir weg“** und schließlich: **„Die Bedeutung der Flächenprämien zur reinen Einkommenssicherung wird zurückgehen“**.

All dies schrieb der Präsident der NÖ-Landwirtschaftskammer, der Abgeordnete zum Nationalrat ÖR Ing. Hermann SCHULTES, unser neuer oberster Bauernvertreter, als Präsident der LK-Österreich im Kammerorgan „Die Landwirtschaft“ vom März 2014.

Eingeständnis einer verfehlten, auch der nationalen Agrarpolitik und das Geständnis, dass „Ausgleichszahlungen“ in Wahrheit kein Thema mehr sind? – „Bauer sein“, so der Schlusssatz des Präsidenten, „die Zukunft gewinnen. Fleiß und Respekt, Freude am Neuen und Zuversicht sind die Schlüsselqualifikationen. Ich wünsche Ihnen einen guten Umstieg in die neue Programmperiode“.

Und das ist alles? Kein Wort wie Einkommensgerechtigkeit auch für den Bauernstand erreicht werden soll? – Kein Wort zu und über faire, gerechte Bauernpreise als einzige Alternative, nachdem Ausgleichszahlungen sukzessive abgebaut, zum Verschwinden gebracht werden?

AUCH DIES SCHRIEB PRÄSIDENT SCHULTES...

...seinen Bäuerinnen und Bauern: „Unsere neue Förderperiode bringt ab 2015 einen Neubeginn, das alte wird mit Ende 2014 abgearbeitet und vorbei sein. Ja vorbei. Neue Zukunftsbilder bedeuten neue Voraussetzungen mit neuen Schwerpunkten und neuen Chancen. – **Trotz oder wegen der Änderungen ist auch das neue Programm in seiner Gesamtheit wieder das beste Programm, das in Europa angeboten wird.** Das gilt sowohl für Biobauern als auch für konventionelle Bauern.

Noch wichtiger wird unser Bemühen um den Kunden, wer immer das ist. Sein Einkauf trägt unser Einkommen. Zahlungsansprüche hingegeben werden politisch zunehmend in Frage gestellt. **Wichtiger wird auch, dass wir die Produktionskraft durch mehr Produktionswissen und Investitionen in unseren Betrieb stärken.** Es geht nicht um Gunstlagen oder benachteiligte Gebiete, es geht darum, dass jede Familie – wo immer sie ihren Hof hat – ihre Chance zur Einkommensentwicklung bestmöglich nutzt.

Investitionen in gute Projekte sind der zentrale Schlüssel, um bei abnehmenden Prämien auf der Fläche, durch eine Weiterentwicklung der vorhandenen Stärken den Betrieb zu sichern... Wenn der Markt mehr Kraft bekommt, müssen wir mehr Kraft in Maßnahmen setzen, die uns am Markt stärken. Erzeugerorganisationen und Qualitätsprogramme bekommen mehr Gewicht, erst recht, wenn unsere Kunden Industriebetriebe sind.“ (Aus „Die Landwirtschaft“ – April 2014.)

WARUM WIRD DAS VERSCHWIEGEN?

In 27 Bundesstaaten der USA geht ein Schweinevirus um, dem seit Mai 2013 an die vier Millionen Schweine zum Opfer fielen. Laut angesehenen Medien sind derzeit bereits 10 Prozent der Muttertiere infiziert, was zum Totalausfall ganzer Herden führen kann. Auch der USA-Rinderbestand hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen und ist derzeit auf dem Stand von 1951.

ALLES JOSEF SCHMID

MACHERHALT MIT ALLEN MITTELN

Erich Zahnt

Zum x-ten Mal in Folge bringt die NÖ-Landwirtschaftskammerzeitung „Die Landwirtschaft“ ein ganzseitiges Inserat, gut platziert auf Seite 2, mit folgendem Text:

„EIN PLUS AN SICHERHEIT FÜR BAUERNBUNDMITGLIEDER. WIR SCHAFFEN DAS.“ – Unfall-Zusatzversicherung – Die Niederösterreichische Versicherung –

Im Inneren des Kammerorgans findet man einen weiteren halbseitigen, als Anzeige gekennzeichneten Werbeatikel mit dem Hinweis: „NÖ-VERSICHERUNG – EXKLUSIV FÜR NÖ-BAUERN-BUNDMITGLIEDER“. – Im darauffolgenden Text wird suggeriert, es würde sich ausschließlich um den verbesserten Unfall-Versicherungsschutz handeln, der allerdings mit den BB-Mitgliedsbeiträgen finanziert werde.

Dass diese, ganz im Sinne des BB durchgeführte Werbekampagne ausgerechnet über das Presseorgan der „überparteilichen“ niederösterreichischen Interessenvertretung läuft, symbolisiert treffend die Doppelbödigkeit unserer bäuerlichen Berufsvertretung. Ginge es nämlich nur darum die BB-Mitglieder zu informieren, könnte man dies ja ganz einfach über das bauernbundeigene Presseorgan „Österr. Bauernzeitung“ bewerkstelligen. Weil es aber in Wirklichkeit um den Machtanspruch des Bauernbundes und auch um geschäftliche Interessen der NÖ-Versicherung geht, ist eine Zeitung, die ALLE bäuerlichen Haushalte, alle Pflichtmitglieder der Kammer erreicht, von größerem Nutzen.

Im kommenden Jahr finden in NÖ Bauernkammerwahlen statt. So gesehen ist dies ein ganz ungenierter Versuch der BB-Führung mit diesem Angebot(Köder) jene Bäuerinnen und Bauern ins Boot zurückzuholen, die er zuvor durch sein oft entlarfendes Verhalten verloren hat.

EKLAT IN DER BBK WAIDHOFEN

Bei der am Montag, dem 24. Feber 2014 abgehaltenen Vollversammlung der BBK-Waidhofen an der Ybbs, kam es nach erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der BB-Fraktion – insbesondere dem Obmann – und jener des UBV, letztlich zum Eklat. Der UBV hatte zwei wichtige Dringlichkeitsanträge eingebracht, die eigentlich im Rahmen der Tagesordnung hätten behandelt werden müssen. Doch ohne diese Anträge zu verlesen, bzw. die eigenen Kammerräte des Bauernbundes über deren Inhalt zu informieren, empfahl BBK-Obmann Klaus HIRNER kurzer Hand diese abzulehnen. Er ließ darüber abstimmen und – es kann ja gar nicht anders sein – schmetterte die BB-Mehrheit diese Anträge ab.

Hintennach sprach der Obmann von einer überfallsartigen Einbringung und davon, dass ER diese Anträge als nicht dringlich einstuft. Dies, obwohl es darin um Bereiche des „Programms Ländliche Entwicklung“ geht, das demnächst der Kommission in Brüssel zur Genehmigung vorgelegt wird.

UBV zieht aus Vollversammlung aus

Wie Fraktionsobmann Hubert BUCHINGER gegenüber der UBZ betont, kann von einer überfallsartigen Einbringung nicht die Rede sein. Laut Geschäftsordnung genügt es nämlich, jede Art von Antrag eine Stunde vor Sitzungsbeginn beim Obmann einzubringen. Dies geschah pünktlichst und nicht nur das. Denn BUCHINGER tat ein Übriges und hat Obmann HIRNER zweieinhalb Stunden vorher persönlich telefonisch über den genauen Inhalt dieser beiden Anträge informiert.

Es ist also durchaus verständlich, dass diese Vorgangsweise die UBV-Fraktion nicht hinnehmen wollte und geschlossen die Vollversammlung verließ. Natürlich hat eine ÖVP-nahe Lokalzeitung diesen Vorfall völlig anders dargestellt.

Und so lauteten die Anträge

1. Wie uns Bäuerinnen und Bauern berichten, wird der neue landwirtschaftliche Einheitswert wie bisher von der GESAMTEN landwirtschaftlichen Grundfläche gemäß Grundbuch berechnet. Laut Digitalisierung der AMA wurden aber nicht alle Flächen eines landwirtschaftlichen Betriebes für förderfähig anerkannt. **Es darf nicht sein, dass wir in Zukunft auch für unproduktive Flächen die gleichen Steuern und Abgaben zahlen müssen, wie für AMA-erkannte Nutzflächen. Daher unsere Forderung: „Für die Berechnung des neuen EW dürfen nur Flächen herangezogen werden, die von der AMA als förderungsfähig anerkannt sind.“**
2. Im neuen „Programm Ländliche Entwicklung“ 2014–2020, soll das Förderausmaß für Umweltprogramme wo Landwirte Prämien lukrieren können, drastisch sinken. Dieses Geld wird in die Investitionsförderung umgeschichtet und steht somit nicht mehr überwiegend den Landwirten zur Verfügung, sondern es wird auch für Gemeinden, Vereine, öffentliche Institutionen, Gebiets-

körperschaften und Genossenschaften zugänglich gemacht. Bedenklich ist, dass Landwirte nur bis maximal 40 % der Investitionen gefördert erhalten, jedoch Gemeinden und alle weiteren Institutionen sich bis zu 100 % aus diesem Fördertopf bedienen können. Siehe „Programm für Ländliche Entwicklung in Österreich 2014–2020 Version 5“, Bearbeitungsstand vom 5. Feber 2014 – siehe Seiten 165 bis 195. (Im Antrag werden 6 Beispiele angeführt.)

Unsere Forderungen:

- ▶ Wir fordern die Aufrechterhaltung der Mittel für das Umweltprogramm wie bisher und keine Kürzung (Umschichtungen) dieser Mittel zugunsten der Investförderung.
- ▶ Die Investförderungen im Rahmen der „Ländlichen Entwicklung“ sollen wie bisher im überwiegenden Ausmaß Bauern und Bäuerinnen zur Verfügung stehen. **Es darf den Gemeinden, Vereinen etc. nicht mehr Zugriff gewährt werden.**
- ▶ Aufteilung der Mittel in der Investitionsförderung zu gleichen Teilen über den gesamten Verpflichtungszeitraum 2014–2020. Es sollte nicht passieren, dass vor Ende der Periode dafür keine Gelder mehr zur Verfügung stehen.

STEIERMARK:

UBV-ANTRÄGE AN DIE LK-VOLLVERSAMMLUNG

Der ständige Strukturwandel und die Aussagen im Grünen Bericht sprechen eigentlich eine nur allzu deutliche Sprache über den Ist-Zustand der bäuerlichen Betriebe, der Bäuerinnen und Bauern. Unser, des Unabhängigen Bauernverbandes Ziel ist es, alles zu tun um die noch bestehenden bäuerlichen Familienbetriebe nachhaltig wirtschaftlich gesund für die Zukunft zu erhalten. Darauf zielen alle Aktivitäten, Maßnahmen des UBV ab.

Nach genauer Betrachtung der neu ausgehandelten Programme und der Umsetzung der EU-Vorgaben, die ja auch unser jeweiliger Landwirtschaftsminister in Brüssel mitausverhandelte, ist keine Aussicht auf Verbesserung der derzeitigen Lage zu erwarten. Wir haben unsere berufsständischen Ziele klar definiert und in folgenden Anträgen in die Vollversammlung vom 14. März 2014 eingebracht.

1. Antrag: **„Die Vollversammlung möge beschließen einen Ausschuss für Biologische Landwirtschaft einzurichten.“**

Begründung: Der biologische Landbau ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Steigende Inlands-Nachfrage sowie große Exportnachfrage nach österreichischen BIO-Produkten sprechen eine klare Sprache. Die biologische Landwirtschaft leistet auch einen großen Beitrag zur Erhaltung bäuerlicher Betriebe. Auch von solchen, die auf Grund ihrer Größe oder ihrer Betriebsstruktur als konventionelle Betriebe so nicht überleben könnten.

Überdies erbringt der BIO-Landbau eine Vielzahl von Umweltleistungen. Im Sinne von Klima- und Umweltschutz ist die BIO-Landwirtschaft ein wesentlicher Bestandteil für das Erreichen von Klimazielen sowie einer gesteigerten Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft insgesamt.

Im Sinne einer starken Weiterentwicklung der steirischen BIO-Landwirtschaft bedarf es: einer Bündelung der Kräfte – einer politischen Steuerung – einer Stärkung der Absatzstrukturen und einer starken Vertretung gegenüber dem Handel.

Jenseits von ideologischen Zugängen stellt der BIO-Landbau eine zentrale Zukunfts-Chance für die steirische Landwirtschaft dar. Dieser Herausforderung soll durch die Einrichtung eines eigenen Ausschusses „Biologischer Landbau“ Rechnung getragen werden.

Dieser Antrag ist in vollem Wortlaut einstimmig von der Vollversammlung angenommen worden!!

2. Antrag: **„Mit ein Grund für den nicht kostendeckenden Erzeugermilchpreis sind die hohen Milchanfuhrkosten in unserer kleinstrukturierten Steiermark. Wir stellen daher den Antrag, über den Bereich ‚Ländliche Entwicklung‘ jeweils EINEN Cent je Kilo produzierter Milch an die Erzeuger auszubezahlen.“**

Begründung: Im „Jahr der kleinbäuerlichen Familienbetriebe“ ist es notwendig die kleinstrukturierte Landwirtschaft zu schützen. Täglich beenden zwei Milch erzeugende Betriebe ihre Produktion, sperren ihre Tore zu.

Um das Tourismusgebiet Steiermark in seiner Vielfalt und der hervorragenden Qualität zu erhalten ist es notwendig, die kleinstrukturierte Landwirtschaft in ihren familiär geführten Betrieben zu erhalten. Nur diese Bewirtschaftungsform ist der Garant, die Steiermark als nachhaltig gepflegten Naherholungsraum zu erhalten und zu schützen.

Der Antrag wurde zur weiteren Behandlung dem zuständigen Ausschuss zugewiesen.

3. Antrag: „Gemäß einem Rechtsgutachten der UNI Innsbruck und den Untersuchungen der Soko Alm, deren Ergebnis erst seit wenigen Wochen öffentlich bekannt ist, sind die geschädigten Almbauern massiv entlastet. Doch kann deren Unschuld nur vom Gericht bestätigt werden. (Bezeichnender Weise werden NICHT wie jüngst falsche Polizeiverfügungen/-bescheide in Tirol, von Amts wegen aufgehoben bzw. zurückgezogen, sondern die Almbauern müssen unkorrekte Bescheide der AMA bei Gericht bekämpfen. – Anm. der Redaktion und Aussage von Dr. Franz FISCHLER).

Voraussetzung dafür sind jedoch Musterprozesse, die von den Almbauern selbst finanziert werden müssen. Weil dies jedoch Aufgabe der Interessenvertretung wäre, ersuchen wir um finanzielle Unterstützung. Eine entsprechende Information über die Rechtsanwaltskanzlei liegt bei.“ – Auch dieser Antrag wurde dem zuständigen Ausschuss zur Behandlung zugewiesen.

UBV/Almbauern ersuchen RLB um Unterstützung

In dem diesbezüglichen Schreiben vom 14.3.2014 an den Gen-Dir. der Raiffeisen-Landesbank Steiermark, MMag. Martin SCHALLER, heißt es:

„Die Raiffeisenbanken in der Steiermark mit ihren Kunden, Partnern und Mitgliedern sind eine Erfolgsgeschichte. Leider sind ein Teil der Kunden/Mitglieder, nämlich die Almbauern, in großen finanziellen Schwierigkeiten. – Auslöser ist eine falsche Umsetzung der EU-Richtlinien bei der Flächenfeststellung in Österreich sowie ein daraus verlorener Rechtsstreit mit Brüssel 2009. Die Leidtragenden sind tausende steirische Almbauern mit ihren Familien.

Ein zur Problemlösung beauftragtes Rechtsgutachten der UNI Innsbruck sowie vorliegende Ergebnisse der Soko Alm mit DI Dr. Franz FISCHLER, entlasten die Almbauern massiv. Jedoch muss deren Unschuld erst bei Gericht mittels Musterprozess/en erwiesen werden. Die geschädigten steirischen Almbauern ersuchen um eine finanzielle Unterstützung für ihre Musterprozesskassa. Nähere Angaben und Informationen liegen bei.“

JOHANN ILSINGER/UBV STEIERMARK

Podiumsdiskussion in Aigen

Unter dem **Motto: „Können wir unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft erhalten“** lud der UBV zur Podiumsdiskussion am 23.4. in Aigen/Ennstal ein. Eingeladen am Podium Platz zu nehmen, waren die Agrarsprecher der zur EU-Wahl antretenden Parteien. **Die Themen:** Milchquotenregelung, Gentechnik, Freihandelszone, GAPneu. Zum Thema: **„Brauchen wir nach Auslaufen der Milchquote eine Nachfolgeregelung“ sprach EMB Präsident Romuald SCHABER.** – (Die UBZ berichtet darüber in der nächsten Junifolge.)

OBERÖSTERREICH:

ERFOLGREICH VERLAUFENE BEZIRKSVERSAMMLUNGEN

Als sehr zufriedenstellend bezeichnete Obmann KR Karl KEPLINGER auf der sehr gut besuchten Vorstandssitzung in Schallerbach am 13. April, die fast abgeschlossene Reihe der Bezirksversammlungen. Besuch und Interesse waren großteils sehr gut, wobei die Versammlung in Lasberg (Bez. Rohrbach) mit über 300 Besuchern den Vogel abschoss. Wegen der Größe der Bezirke fanden jeweils im Bezirk Rohrbach und Vöcklabruck zwei derartige Veranstaltungen statt.

Nicht neu, aber wiederum feststellbar, war die vielfach einseitige Information von Bäuerinnen und Bauern, die selbst dokumentierte Tatsachen kaum glauben wollten. Dabei ging es vor allem um negative, teure Auswirkungen von GAPneu, der neuen Berechnung der Einheitswerte mit Folgen auf die Sozialabgaben, Kammerumlage-Berechnung etc. und dem Versagen der Landwirtschaftskammer als berufsständische Interessenvertretung. Auffallend ist das stark nachlassende Interesse an all diesen negativen Auswirkungen im oö Zentralraum, wo vielfach Betriebsaufgaben und teure Grundverkäufe Hand in Hand gehen.

KAMMERWAHLEN VOR DER TÜR

Ende Jänner 2015, also schon bald, finden die nächsten LK-Wahlen in OÖ statt. Der UBV muss und kann stärker werden, indem, mit Recht verärgerte Bäuerinnen und Bauern **am Wahltag nicht daheim bleiben**, sondern ihr demokratisches Recht nützen und wählen gehen. Denn die Nichtwähler waren schon bei den Wahlen am 25.1.2009, inklusive ungültige Stimmen, die stärkste Gruppe.

Nach Überzeugung des UBV gehört vieles vor allem in der Interessenvertretung geändert. Aber auch in der Agrarpolitik, die nicht nur Brüssel macht. Schimpfen, Kritik am Stuben- oder Wirtschaftstisch bewirkt gar nichts. **Parteien reagieren nur auf Wahlergebnisse!** Gerade die mit Recht Unzufriedenen müssen dies deshalb mit ihrer Stimme zum Ausdruck bringen.

LO Karl KEPLINER appelliert an die UBV-Funktionäre und Mitglieder sich aktiv in diese Wahl einzubringen, **beispielgebend voranzugehen und eine Kandidatur anzunehmen**. Es ist nicht ziel führend selbst eine Kandidatur abzulehnen und dann andere dazu animieren, gewinnen zu wollen.

UBV ALS „ANTRAGSKAISER“ ?

Im objektiven Bericht über die LK-Vollversammlung vom 12. März heißt es im „Bayrischen Landw. Wochenblatt“ vom 21. März: „Antragskaiser war wie immer der Unabhängige Bauernverband.“ – **Aber darum geht es ja nicht. Nicht um Masse, wie manche behaupten, sondern darum, im Interesse der Gesamtbauernschaft notwendige Änderungen, Kritik und Forderungen öffentlich zu machen.**

Der UBV wird damit zum Sprachrohr berufsständisch denkender Bäuerinnen und Bauern. Auch innerhalb von Bauernbund und SPÖ-Bauern, für die absolute Parteidisziplin gilt. Eine BB-Besonderheit, denn die anderen zwei ÖVP-Bünde, AAB und Wirtschaftsbund haben sich schon wiederholt sehr kritisch gegenüber der „eigenen“ Regierung in aller Öffentlichkeit geäußert. – KUDLICH wirkt beim Bauernbund nicht nachhaltig.

So mancher vom Bauernbund abgeschmetterte UBV-Antrag findet sich später in einem (oder einer Resolution) des BB-Präsidiums wieder. Auch in dieser Vollversammlung betreffend „massive Kürzungen der Bergbauernförderung der Stufen 0–2“. Diese Gewohnheit ist überdies unehrlich wie nur was, weil das Präsidium haargenau weiß was die BB-Spitze, die LK-Österreich schon lange vorher abgesprochen und festgelegt hat.

SIEBEN UBV-ANTRÄGE UND EINE RESOLUTION

1. Der Präsident wird aufgefordert sich einzusetzen, Beitragserhöhungen an SVB, Finanz, Gemeinden etc. auf Grund der neuen Einheitswerte zu verhindern.
2. Die LK-OÖ fordert die Bundesregierung sowie die Nationalräte BB-Präsident Jakob AUER und LK-Präsident Hermann SCHULTES auf, die Budgetmittel der 2. Säule direkt ins Bauernhaus zu lenken, nicht in außeragrarisches Bereiche.
3. **Die LK-OÖ fordert Präsident REISECKER auf, seine Forderung vom 8. März 2012, „nach einer extremen Erhöhung der Viehzuschläge und der Einheitswerte zurückzunehmen“.**
4. Die LK-OÖ fordert Minister RUPPRECHTER sowie die BB-Verhandler NR AUER und Präsident REISECKER auf, die Weideprämie bei Rindern, Schafen und Ziegen für alle entsprechenden Kategorien, mit 100 Euro je RGVE festzulegen.
5. Die LK-OÖ fordert den Landwirtschaftsminister und die BB-Verhandler NR AUER und Präsident REISECKER auf, Stroh auf Liegeflächen von Rindern als „Tierwohlmaßnahme“ mit 150 Euro je GVE zu fördern.
6. Die LK-OÖ fordert Minister RUPPRECHTER auf, die Fördermittel für „Benachteiligte Gebiete“, in der neuen Periode nicht zu kürzen. (Verspruch in der Verwaltung, nicht bei den Bauerngeldern zu sparen.)
7. Die LK-OÖ fordert den Landwirtschaftsminister auf die AMA anzuweisen, die Superabgabe bei Milch, so wie dies Italien tut, nicht einzuheben.

Resolution der Vollversammlung: „Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend Schritte zu unternehmen, um eine Verkabelung von Starkstromleitungen zu ermöglichen“.
(Der volle Text steht in der UBZ-Junifolge.)

Alle sieben Anträge hat die Bauernbundmehrheit abgeschmettert, **die Resolution wurde einstimmig angenommen.** – (Mehr darüber in der Junifolge unter „Aus dem Protokoll“.)